Cicero
MAGAZIN FÜR POLITISCHE KULTUR

cicero.de vom 05.08.2026, 10:48:00

aussenpolitik

Warum der Iran trotz seiner Niederlagen gefährlich bleibt

Der Iran hat schwere strategische Rückschläge erlitten. Dennoch weist er Verhandlungen mit den USA zurück und hält an seinen regionalen Ambitionen fest. Sein Selbstbewusstsein gründet auf einem Herrschaftssystem, das religiöse Ideologie und militärische Gewalt miteinander verbindet.

WAHIED WAHDAT-HAGH

Was macht die Islamische Republik Iran trotz ihrer Niederlagen so selbstbewusst und stark? Hassan Ghaschghawi, Sprecher der Kommission für nationale Sicherheit des iranischen Parlaments, erklärte am 3. August 2026, Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten stünden nicht zur Debatte; auch über das Atomprogramm fänden keine Gespräche statt. Außenamtssprecher Esmail Baghaei erklärte, derzeit werde ausschließlich mit Oman über eine „sichere Passage durch die Straße von Hormus“ verhandelt. Zudem stellt das Präsidium der iranischen Expertenversammlung in einer Erklärung nationale Einheit, Außenpolitik und militärisches Handeln vollständig unter die Vorgaben des Obersten Führers und erklärt Vertrauen in die USA sowie Friedensforderungen außerhalb dieser Linie faktisch zum Verrat. Zudem fordert das Gremium Geschlossenheit, die Fortsetzung der Konfrontation sowie Vergeltung für die Kriegstoten.

Der demonstrativ kompromisslose Ton ist bemerkenswert. Denn der Nahe Osten befindet sich in einer Phase tiefgreifender geopolitischer Neuordnung. Der Sturz des syrischen Diktators Baschar al-Assad, die militärische Schwächung der Hisbollah, die Zerstörung weiter Teile der Hamas-Infrastruktur und die zunehmende Konfrontation zwischen Iran, Israel und den USA sowie einigen arabischen Staaten haben das regionale Machtgefüge grundlegend verändert. Dennoch reicht das nicht, um das geopolitische Projekt des Irans vollständig zum Scheitern zu bringen.

Die Islamische Republik hat erhebliche strategische Verluste erlitten. Sie hat jedoch weder ihre ideologische Ausrichtung noch ihre regionalen Ambitionen aufgegeben. Vielmehr hat sie ihre Machtprojektion den neuen Bedingungen angepasst. Wer die Widerstandsfähigkeit des Systems verstehen will, muss daher eine grundsätzliche Frage stellen: Was sind die eigentlichen Stützen der islamistischen Macht im Iran?

Die Antwort lautet nicht Syrien, nicht die Hisbollah und auch nicht andere Terrorgruppen, jedenfalls heute nicht mehr. Der Kern der Macht der Islamischen Republik liegt im politischen System selbst. Sie ist keine gewöhnliche autoritäre Republik mit einer expansiven Außenpolitik, sondern ein islamistisches Herrschaftssystem, in dem innere Legitimation und äußere Strategie untrennbar verbunden sind. Innenpolitische Repression und regionale Expansion folgen derselben ideologischen Logik. Unklar ist, in welchem Umfang der neue Führer aus seinem Versteck konkrete Befehle erteilt; fest steht jedoch, dass er aus dem Untergrund weiterhin die politischen Leitlinien vorgibt.

Der Sturz Assads war der schwerste geopolitische Rückschlag für den Iran

Das eigentliche Machtzentrum des Systems bilden inzwischen die Revolutionsgarden. Diese gelten im Westen zwar inzwischen als Terrororganisation. Solange daraus jedoch keine politischen und praktischen Konsequenzen folgen, bleibt diese Einstufung ein wirkungsloses Etikett.

Die Revolutionsgarden sind keine klassische Armee, sondern der bewaffnete Arm des Staatsklerus. Ihre Aufgabe besteht nicht in erster Linie darin, die Grenzen des Irans zu verteidigen, sondern die Herrschaft der Islamischen Republik zu sichern und ihre revolutionäre Ideologie innerhalb und außerhalb des Landes zu schützen. Deshalb kontrollieren oder beeinflussen sie nicht nur militärische Verbände, sondern auch Nachrichtendienste, wirtschaftliche Großunternehmen, Medien, Sicherheitsorgane und das Netzwerk verbündeter Milizen in der gesamten Region.

Diese institutionelle Konstruktion unterscheidet die Islamische Republik von den meisten autoritären Diktaturen. Während klassische Diktaturen ihre Außenpolitik häufig pragmatischen Machtinteressen unterordnen, betrachtet diese totalitäre Diktatur ihre Regionalpolitik als Bestandteil ihres ideologischen Selbstverständnisses. Der Export der Revolution, die Unterstützung islamistischer Milizen und die Ablehnung einer westlich geprägten regionalen Ordnung sind keine vorübergehenden Instrumente einzelner Regierungen, sondern Bestandteile der totalitären Staatsdoktrin.

Die Regionalpolitik des Irans lässt sich daher nicht isoliert betrachten. Dieselben Institutionen, die Demonstrationen niederschlagen und politische Gefangene hinrichten lassen, organisieren zugleich Waffenlieferungen an Milizen im Irak, im Libanon und im Jemen.

Die Niederlagen der vergangenen beiden Jahre haben diese Grundstruktur nicht verändert. Der Sturz Assads im Dezember

2024 war zweifellos der schwerste geopolitische Rückschlag für die Islamische Republik seit Jahrzehnten. Syrien war weit mehr als ein Verbündeter. Das Land bildete das territoriale Rückgrat der iranischen Regionalstrategie. Von dort aus konnten Waffen und Kämpfer in den Libanon transportiert werden. Syrien verband den Iran mit der Hisbollah und verschaffte den Revolutionsgarden unmittelbaren Einfluss bis an die Grenzen Israels.

Nach dem Verlust Syriens ist der Irak zum wichtigsten regionalen Knotenpunkt geworden

Mit dem Machtwechsel in Damaskus verlor Teheran diesen strategischen Korridor. Die neue syrische Führung orientiert sich außenpolitisch an den arabischen Staaten, der Türkei und dem Westen. Eine Rückkehr zum früheren Bündnis mit Iran ist derzeit nicht vorstellbar. Die Revolutionsgarden können zwar weiterhin Kontakte zu lokalen Netzwerken unterhalten und punktuell operieren, doch sie verfügen nicht mehr über den privilegierten Zugang zum syrischen Staatsapparat.

Auch die Hisbollah hat einen erheblichen Teil ihrer militärischen Handlungsfähigkeit eingebüßt. Der Verlust wichtiger Kommandeure, die Zerstörung militärischer Infrastruktur und die zunehmenden Bemühungen des libanesischen Staates, sein Gewaltmonopol wiederherzustellen, haben ihre Position geschwächt. Dennoch wäre es voreilig, die Organisation als strategisch bedeutungslos zu betrachten. Sie verfügt weiterhin über politische Macht, gesellschaftliche Verankerung, wirtschaftliche Ressourcen und erhebliche militärische Fähigkeiten. Eine vollständige Entwaffnung der Hisbollah muss mit internationaler Unterstützung, auch durch Europa, konsequent durchgesetzt werden. Für die Hamas führt ebenfalls kein Weg an der Entwaffnung vorbei.

Diese Entwicklungen markieren das Ende eines bestimmten Modells iranisch-islamistischer Machtprojektion. Sie bedeuten jedoch nicht das Ende der iranischen Regionalstrategie insgesamt. An die Stelle eines zusammenhängenden territorialen Einflussbogens tritt ein flexibleres Netzwerk aus Milizen, Raketen, Drohnen, wirtschaftlichen Strukturen und maritimen Druckmitteln. Der Iran verfügt heute zwar über weniger territoriale Tiefe, aber weiterhin über erhebliche geopolitische Eskalationsfähigkeit.

Besonders deutlich zeigt sich dieser Wandel im Irak. Nach dem Verlust Syriens ist der Irak zum wichtigsten regionalen Knotenpunkt iranischen Einflusses geworden. Gleichzeitig offenbart kaum ein anderes Land die strukturellen Grenzen dieses Einflusses so deutlich. Die Volksmobilisierungskräfte (Haschd al-Schaabi) bilden im Irak eine iranische Parallelarmee. Zwar bestehen sie aus unterschiedlichen religiösen, wirtschaftlichen und militärischen Netzwerken, doch ein großer Teil steht faktisch direkt unter dem Einfluss der Revolutionsgarden. Der Iran verfügt im Irak nicht über uneingeschränkte Befehlsgewalt. Er nimmt vielmehr Einfluss auf Akteure, die ihrerseits über erhebliche Eigenständigkeit verfügen.

Die einzige Chance für den Irak liegt in der Entwaffnung der Milizen

Am frühen Morgen des 3. August 2026 kam es während der Arba'in-Zeremonien in Karbala zu einem innerschiitischen Konflikt. Anhänger der Islamischen Republik Iran und des politischen Systems unter Ali Khamenei gerieten mit Gefolgsleuten des regimekritischen Großajatollahs Sadeq Shirazi aneinander. Auslöser waren Berichten zufolge Parolen gegen Shirazi, die proiranische Teilnehmer vor dessen Büro riefen. Die irakische Polizei griff ein und beendete die Auseinandersetzung nach wenigen Minuten.

Dennoch bleibt das Grundproblem bestehen: Der irakische Staat finanziert Organisationen, die teilweise außerhalb seiner Kontrolle stehen und über eigene Kommandostrukturen, Nachrichtendienste, wirtschaftliche Unternehmen und strategische Waffen verfügen. Solange dies der Fall ist, besitzt Bagdad kein vollständiges staatliches Gewaltmonopol.

Die einzige Chance für den Irak liegt in der Entwaffnung der Milizen. Ihre bloße Integration in staatliche Institutionen würde nicht reichen: Auch die politischen Loyalitäten gegenüber der islamistischen Diktatur in Teheran und die parallelen Befehlsstrukturen müssen zerschlagen werden. Wie unzureichend eine rein institutionelle Eingliederung ist, zeigte sich bereits nach 2003. Damals wechselten zahlreiche Milizionäre in staatliche Ämter, ohne ihre bisherigen Netzwerke aufzugeben. Macht wird im Irak nicht nur durch formale Institutionen ausgeübt, sondern ebenso durch Parteien, wirtschaftliche Patronage und bewaffnete Loyalitäten.

Entscheidend ist, wer über Raketen, Drohnen, Nachrichtendienste, Munitionsdepots und autonome Einsatzstäbe verfügt. Solange bewaffnete Organisationen unabhängig von der Regierung über Krieg und Frieden entscheiden können, bleibt das staatliche Gewaltmonopol unvollständig.

Gerade hierin zeigt sich der langfristige Erfolg der iranischen Strategie. Teheran hat nicht lediglich Milizen aufgebaut. Es hat politische, wirtschaftliche und militärische Parallelstrukturen geschaffen, die staatliche Institutionen durchdringen und teilweise ersetzen. Diese Strukturen sind ein integraler Bestandteil des revolutionären Herrschaftsmodells und seines Exports.

Eine reine Eindämmungsstrategie stößt an ihre Grenzen

Darin liegt die eigentliche Gefahr. In Europa werden das Atomprogramm, die Menschenrechtslage und Irans Regionalpolitik noch immer zu häufig getrennt voneinander diskutiert. Tatsächlich sind sie Ausdruck derselben Herrschaftslogik. Ein Regime, das im Inneren auf Gewalt und religiös-totalitärem Absolutheitsanspruch beruht, wird seine Außenpolitik kaum dauerhaft von diesen Prinzipien trennen.

Deshalb stößt auch eine reine Eindämmungsstrategie an ihre Grenzen. Sanktionen können Kosten erhöhen. Militärische Abschreckung kann einzelne Operationen verhindern. Diplomatische Vereinbarungen können Zeit gewinnen. Keine dieser

Maßnahmen verändert jedoch den Charakter des politischen Systems der islamistischen Diktatur selbst. Solange die Revolutionsgarden ihre Macht bewahren, bleibt die Fähigkeit der Islamischen Republik bestehen, regionale Krisen jederzeit neu zu entfachen.

Europa und die Vereinigten Staaten sollten vermeiden, die bestehende Herrschaftsordnung unbeabsichtigt zu stabilisieren. Die westliche Politik sollte deshalb konsequent zwischen dem iranischen Staat und der iranischen Gesellschaft unterscheiden. Europa und die USA können kein Interesse am Fortbestand des islamistischen Herrschaftssystems haben, sondern vielmehr an einem stabilen, friedlichen und freien Iran.

Eine gemeinsame transatlantische Strategie sollte daher drei Ziele verfolgen. Erstens muss sie die wirtschaftlichen und geheimdienstlichen Strukturen der Revolutionsgarden systematisch schwächen. Zweitens sollte sie den Aufbau rechtsstaatlicher Institutionen in Ländern wie Irak und Libanon unterstützen, damit bewaffnete Parallelorganisationen ihr politisches Fundament verlieren. Drittens müssen Menschenrechte und die iranische Zivilgesellschaft zu einem zentralen Bestandteil jeder Iranpolitik werden und dürfen nicht länger hinter Atomverhandlungen zurücktreten.

Langfristige Stabilität im Nahen Osten setzt mehr voraus als neue Sicherheitsabkommen oder technische Begrenzungen des iranischen Atomprogramms. Sie verlangt die Überwindung jenes Herrschaftsmodells, das innenpolitische Unterdrückung und regionale Expansion miteinander verbindet. Erst dann hätte auch der Nahe Osten eine realistische Chance auf eine dauerhaft stabile Ordnung.

WAHIED WAHDAT-HAGH

Dauerhafte Adresse des Dokuments:
https://bib-voebb.genios.de/document/CICO__71e5a6980195f1c7adfc627f1c5973dee5a153c5

Alle Rechte vorbehalten: Res Publica Verlags GmbH

© GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH

Quelle:	cicero.de vom 05.08.2026, 10:48:00
Jahrgang:	2026
Rubrik:	aussenpolitik
Dokumentnummer:	ASV-CICON20260805-EXTCICON_61650068
Publikationsdatum:	05.08.2026